

## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 9. MÄRZ 2017

GESCH.-NR. 2016-2176

BESCHLUSS-NR.

IDG-STATUS

öffentlich

SIGNATUR

**16**

**16.04**

**16.04.23**

**GEMEINDEORGANISATION**

**Grosser Gemeinderat**

**Interpellationen**

BETRIFFT

**Interpellation Paul Rohner, SVP, betreffend Strategie des Stadtrates in Bezug auf die demografische Alterung / Substantielles Protokoll**

[...]

### 7. GESCHÄFT-NR. 107/16

**Interpellation Paul Rohner, SVP, betreffend Strategie des Stadtrates in Bezug auf die demografische Alterung – Beantwortung / Schlussbehandlung**

Eingang der Interpellation:

12. Oktober 2016

Mündliche Begründung im Rat durch den Interpellanten:

3. November 2016

Antwort des Stadtrates:

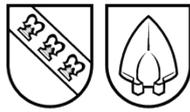
12. Januar 2017

Der Stadtrat übermittelt mit Auszug aus dessen Protokoll (SRB-Nr. 2017-10) vom 12. Januar 2017 die Antwort auf die vorstehende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

-----  
*Der Ratspräsident fragt das Plenum an, ob die Diskussion gewünscht wird.*

-----  
Der Bedarf für eine Diskussion wird aus dem Rat erwidert und scheint demnach angezeigt; die laut Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR in solchen Fällen durchzuführende Abstimmung legt die Grundlage für die nachfolgende Diskussion.

-----  
*Gemeinderätin Brigitte Rössli, SP, dankt dem Stadtrat für die informative und sehr professionell erarbeitete Antwort, deren Inhalt aufzeige, dass die dafür zuständige Abteilung Gesundheit für die Herausforderungen, welche die demografische Entwicklung für die Stadt bereithalte, bestens gewappnet sei. Zudem sei die hohe Qualität der Antwort dem erfreulichen Umstand zu verdanken, wonach die Stadt über kompetente Fachleute mit profunden Sach- und Fachkenntnissen verfüge.*



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 9. MÄRZ 2017

GESCH.-NR.  
BESCHLUSS-NR.

2016-2176

Brigitte Rösli macht in der stadträtlichen Antwort aber dennoch Klärungsbedarf aus; die Anmerkung betrifft die Thematik der sogenannten Nachtbetreuungen, die es in das bestehende Alterskonzept und dessen zu Grunde liegenden Strategie einzubinden gilt. Auch wenn die längerfristige Entwicklung die nötigen Grundlagen für den möglichst langen Verbleib in den eigenen vier Wänden schafft und diesem Bedürfnis Rechnung trägt, solange dies zumutbar und möglich scheint, so bilden Nachtzeiten für pflegende Angehörige wie beispielsweise Ehepartner und Kinder mitunter die strengsten Phasen, da diese selbst sich in dieser Zeit nicht in genügendem Masse zu erholen vermögen.

Die SP-Fraktion ersucht den Stadtrat zu prüfen, ob sich eine in diese Richtung stossende Entwicklung in den Strukturen des Alterszentrums und des Spitexvereines verwirklichen lasse.

-----

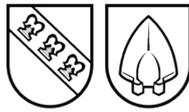
*Gemeinderat Matthias Müller, CVP*, dankt Ratskollege Paul Rohner, dass jener mit seinem Vorstoss die Diskussion rund um die Thematik des Älterwerdens lanciert habe. Der Stadtrat habe die Möglichkeit zur Beantwortung der Interpellation als Möglichkeit genutzt, das Altern und die damit verbundenen vielschichtigen gesellschaftlichen Fragestellungen aus lokalpolitischer Sicht für ein breites Publikum verständlich darzulegen; auch wenn das Thema von hoher Komplexität geprägt sei. Hochkomplex sei die Sache darum, da sie nichts Geringeres als den Menschen beschlage. Und jener sei bekanntlich ein Individuum mit einer eigenen Lebensgeschichte, mit Wünschen und Vorstellungen von einem guten Leben.

Die Mitglieder des Grossen Gemeinderat würden am Rednerpult in diesem Ratssaal oft Kritik äussern – auch wenn Geschäfte zum Alter zur Diskussion stünden. Spätestens jetzt sei aber der Moment gekommen, wo es dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung ein grosses Kompliment auszusprechen gelte. Das Alterskonzept und die Aktivitäten und Engagements, die sich daraus ergeben, würden überzeugen – und zwar auf der ganzen Linie.

Der Stadtrate zeige mittels der Interpellationsantwort den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand auf – und auch deren Grenzen. Klar komme zum Ausdruck, dass es der Verantwortung eines jeden einzelnen überlassen ist, sich mit dem Älterwerden früh genug auseinanderzusetzen.

Eine Schwäche in der politischen Diskussion, aber auch in der wissenschaftlichen Forschung zum Thema Alter und Älterwerden, käme im Umstand daher, wonach häufig nur ein kleiner, spezifischer Ausschnitt des Ganzen beleuchtet werde; wie beispielsweise die Medizin, die Psychologie, die Soziologie. Zudem fokussieren die Betrachtungsweisen zu sehr auf Defizite, die das Alter mit sich bringen – und natürlich auf die omnipräsente Kostenfrage.

Weniger sei die Rede von den Ressourcen der älteren und alten Menschen. Oder von der Tatsache, dass die Menschen, die von Demenz betroffen sind, ihre eigene Lebensqualität häufig deutlich besser einschätzen als es ihr Umfeld tut. Oder von der Erfahrung, dass pflegende Angehörige unglaublich leistungsfähig sind, wenn sie zwischendurch selber Entlastung erfahren können. Die Politik habe zur Kenntnis zu nehmen, dass die demografische Entwicklung nicht nur ein „Mengenproblem“ sei, welches die Generation der Babyboomer ausgelöst habe, man sehe sich zudem mit weiteren Faktoren konfrontiert.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 9. MÄRZ 2017

GESCH.-NR. 2016-2176  
BESCHLUSS-NR.

Gesellschaftlich seien die traditionellen Familienstrukturen aufgebrochen. Früher seien Eltern selbstverständlicherweise im Mehrgenerationenhaus gepflegt worden. Wo heute die familiären Beziehungen noch intakt seien, wohnen die Jungen vielleicht zu weit weg und können die Eltern deswegen nicht einfach zwischendurch beim Besorgen des Haushalts unterstützen. Und nicht zuletzt wecke der medizinische und technische Fortschritt immer neue Hoffnungen auf ein sorgloses und unbeschwertes Altwerden.

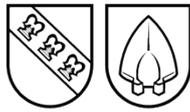
Gemeinderat Müller habe vor wenigen Wochen eine Weiterbildung am Zentrum für Gerontologie an der Universität Zürich abgeschlossen. Ein halbes Jahr habe er sich intensiv mit den spannenden und vielfältigen Blickwinkeln aufs Alter und Altwerden auseinandergesetzt und dabei viel gelernt.

Zum Beispiel, dass sich die demografische Entwicklung je nach Region sehr unterschiedlich bemerkbar mache. Darum seien auch regional unterschiedliche Lösungen in Betracht zu ziehen. Auch diesem Anspruch werde die Strategie des Stadtrates gerecht, wenn er etwa den Bedarf an Pflegebetten einschätze. Das Thema werde das Stadtparlament schon bald wieder beschäftigen.

Dauerhafte Patentlösungen gäbe es in diesem dynamischen Umfeld kaum. Die versammelten Parlamentarier und Parlamentarierinnen sollten sich daher bewusst sein: Ohne Expertenwissen könne die Aufgabe kaum bewältigt werden; aber auch nicht ohne Einbezug der Bevölkerung. Gemeinderat Müller habe bereits vor gut einem Jahr lobende Worte geäußert für die Art und Weise, wie das Alterskonzept Wertschätzung für die Freiwilligenarbeit zum Ausdruck bringe. Sie werde weiter an Bedeutung gewinnen. Die Thematik an Profis zu delegieren, sei kein gangbarer Ansatz. Es seien die alten Leute selbst, die Experten in ihrem Fach seien.

Ausserdem könne sich niemand des Themas entziehen; ob man nun wolle oder nicht, früher oder später hole es einem ein. Gemeinderat Müller ist davon überzeugt, dass das Miteinander von Fachleuten und Freiwilligen in der Stadt vorbildlich gelebt werde. Der eingeschlagene Kurs sei unbedingt beizubehalten und wo möglich weiter auszubauen. So sei die Stadt Illnau-Effretikon gerüstet, um die viel beschworene Lebensqualität im Alter für möglichst viele Realität werden zu lassen.

-----



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 9. MÄRZ 2017

GESCH.-NR. 2016-2176  
BESCHLUSS-NR.

*Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP*, hat die stadträtlichen Antworten zu den aufgeworfenen Fragen genauestens studiert und insbesondere jenen Aussagen des Stadtrates, die sich bei Fragen 6 und 7 mit finanziellen Konsequenzen auseinandersetzen, besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Gemeinderat Hildebrand zeigt sich über die Tatsache entsetzt, wonach der Stadtrat den Vorstoss unter GGR-Geschäft-Nr 100/16; Postulat Thomas Hildebrand, FDP, und Mitunterzeichnende, betreffend „Flankierende Massnahmen für den städtisch geförderten Alterswohnungsbau“ mit keinem Wort erwähnt habe. Der postulierte Inhalt zeige nämlich ein griffiges Mittel auf, um die Kosten in den Griff zu bekommen.

In Analogie dazu referenziert Gemeinderat Hildebrand den Inhalt eines weiteren Vorstosses (GGR-Geschäft-Nr. 082/16 Anfrage Thomas Hildebrand, FDP, betreffend „Gehobene Alterswohnungen/-residenzen für eine steuerkräftige Bevölkerungsschicht“). Die Schaffung eines entsprechenden Angebotes würde zur Entlastung der finanziellen Problematik beitragen.

-----

*Gemeinderätin Raffaella Piatti, JLIE*, dankt Gemeinderat Matthias Müller spontan zu dessen zuvor abgegebenen Votum und zeigt sich davon emotional berührt. Sie selbst arbeite nebst ihrem Studium in einer Spitexorganisation, weshalb sie mit dem Themenkreis des Älterwerdens und möglicher Krankheitserscheinungen bestens vertraut sei. Die von Gemeinderätin Rööfli angesprochene Thematik der Belastung der Betreuenden verdiene Aufmerksamkeit; das Engagement von Angehörigen und Privatpersonen, die sich der Pflege eines betagten bzw. erkrankten Menschen widmen, könne nicht genügend hoch angerechnet werden und verdiene Unterstützung und Anerkennung.

-----

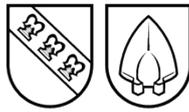
Das Mitteilungsbedürfnis der Ratsmitglieder scheint sich erschöpft zu haben, sodass *der Ratspräsident* dem Urheber des Vorstosses die Möglichkeit der Darlegung der ihm gemäss Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR zustehenden persönlichen Schlusserklärung einräumt.

-----

*Interpellant Paul Rohner, SVP*, zeigt sich dankbar über den Umstand, wonach Stadtrat Ottiger und dessen Abteilung seine Fragen derart ausführlich und seriös bearbeitet hatten. Das Papier biete Grundlagen, um es auch später wieder zu konsultieren, wenn Fragestellungen verwandter Art anstünden. Die Diskussion zu Altersfragen sei lanciert und auch in der jungen Gesellschaft nun Thema, was der Urheber des Vorstosses auch anlässlich der soeben gefallenen Voten mit Freude zur Kenntnis nimmt.

Dennoch habe Gemeinderat Rohner den Ausführungen des Stadtrates aber auch die eine oder andere „Baustelle“ entnehmen können. Die Anzahl über 80-jähriger Personen wird sich bis ins Jahr 2035 um 155 % gegenüber dem heutigen Stand steigern. Alleine dieser Zuwachs könnte ein Alterszentrum in den Dimensionen des heutigen Zentrums Bruggwiesen bevölkern.

Gemeinderat Rohner fragt den Stadtrat daher an, was er an weiteren Ausbauten plane. Zudem bestünde unter Berücksichtigung aktueller Prognosen ein eklatanter Mangel an einer genügenden Anzahl Pflegekräfte. Auch wenn gerne darüber hinweg geschaut würde, so sei die Kostenfrage eben doch von evidenter Bedeutung. Die Pflegekosten hätten gesamtschweizerisch betrachtet in nur einem Jahr frappante Entwicklungen vollzogen; Untersuchungen zeigen einen Zuwachs um Fr. 200 Mio. im Jahresvergleich zwischen 2014 und 2015. Es stelle sich die Frage, inwiefern die Krankenkassen und die Sozialversicherungen solche Anwachsraten noch aufzufangen vermögen.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 9. MÄRZ 2017

GESCH.-NR. 2016-2176  
BESCHLUSS-NR.

Der Stadtrat verfolge mit dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ einen spannenden Ansatz; jedoch ginge dabei in der Diskussion stets ein Faktum vergessen: Betreuungskosten bzw. -entschädigungen verfügen letztlich über keine gesetzliche Grundlage. Demnach sei letzten Endes der Staat in die Pflicht zu nehmen, Betreuungsentschädigungen auszurichten, um ältere Personen länger zu Hause zu beherbergen. Man möge dazu, das Beziehungsnetz zu Vertretungen im Kantons- bzw. Nationalrat nutzen, um eine entsprechende Gesetzesgrundlage zu schaffen. Andernfalls würden ältere Personen weiterhin in die Obhut von teuren Pflegeinstitutionen gegeben, da finanzielle Anreize fehlen, Personen zu Hause zu betreuen. Dies trage mitunter zur prekären finanziellen Entwicklung bei.

Gemeinderat Rohner zieht eine düstere Prognose; in naher Zukunft wird die aktuelle Ausgangslage und die aktuelle Gesetzgebung kaum Änderungen erfahren; einschlägige Optimierungen werden ausbleiben, wenn den unausweichlichen Fakten nicht mit tragfähigen Lösungen beigegeben wird.

-----

Wie Art. 77 unter Abs. 5 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach der Pendenzenliste.

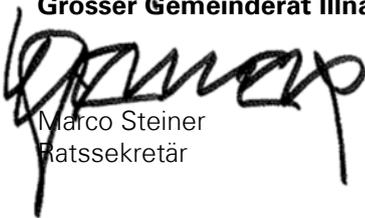
-----

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Gesundheit
- Ratssekretariat (Geschäftsakten)

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

**Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon**



Marco Steiner  
Ratssekretär

Versandt am: 10.03.2017  
ms